



Zunehmender Verwaltungsdruck im Fokus

Bei der diesjährigen Frühjahrstagung des Eigenheimerverbandes Deutschland stand ein Thema auf der Tagesordnung, das wenig bekannt, aber dennoch von großer Bedeutung ist: Die Problematik des sogenannten „Verwaltungsdrucks“ wird von Verbänden und Körperschaften weitestgehend vernachlässigt und ignoriert. Ralf Bernd Herden (Lahr und Bad Rippoldsau), Vizepräsident des Eigenheimerverbandes Deutschland, informierte in einem anschaulichen Referat über das Thema und zeigte damit offensiv, dass sich der Verband dieses Themas angenommen hat und es einer breiteren Öffentlichkeit verständlich machen möchte.

Vizepräsident Herden zeigte in seinem Vortrag die Risiken auf, welche durch waldbauliche Fehler für Mensch und Natur entstehen können. Auf den Klimawandel müssten sich Eigenheimer und Kommunen kooperativ einstellen. Zugleich forderte er, zum Schutz von Mensch und Natur die bayerischen Mindestabstandsregeln für Windkraftanlagen zu bewohnten Bereichen bundesweit zu übernehmen.

Verwaltungsdruck sei in den betroffenen Gemeinden ein immer schwerwiegenderes Problem: Heranwachsende Wälder nehmen den Anwohnern Licht und Sonne, Wald produziert also nicht nur den lebenswichtigen Sauerstoff, sondern auch Dunkelheit. Die Fol-



Die fortschreitende Verwaltung hat nicht nur verschattete Solaranlagen zur Folge, es kann auch zu Gebäudeschäden durch Verschatten, Feuchtigkeit und Nässe kommen.

Foto: KB3/Fotolia.com

gen davon könnten bis hin zu körperlich-seelischen Leiden beim Menschen führen. Wer wochenlang keinen Sonnenstrahl zu Gesicht bekommt, neigt stärker zu Depressionen als Menschen, die von der Sonne verwöhnt werden, so der Vizepräsident.

Hohe Bäume, vor allem Nadelbaummonokulturen in engen Tälern wirkten zumindest gefühlt bedrängend. Und sie schädigten zugleich die Nachbarn. Nicht nur verschattete Solaranlagen seien damit gemeint, sondern durch Verschatten, Feuchtigkeit und Nässe geschädigte Gebäude – Brutstätten für Pilze, Moose, Algen, welche teilweise dauerhafte und schwere Schäden an der Baustoffsubstanz herbeiführen könnten.

Ralf Bernd Herden erklärte in seinem Vortrag: „Die Forstwirtschaft hat die Gefahren vor allem von Fichtenmonokulturen erkannt. Mischbestände standortgerechter Baum-

arten – vor allem Laubmischwälder – sind nicht erst heute das Gebot der Stunde. Mensch und Forstwirtschaft bräuchten gesunde Waldbilder, der Mensch unbedingt offene Landschaften. Verwaltung bis in die Tallagen schädigt nicht nur direkt Betroffene und das örtliche Kleinklima, sondern kann sich klimatisch auch regional negativ auswirken. Gesunde Mischwälder sind als Sauerstoffspender, aber auch als Wasserspeicher, vor allem bei den immer deutlicher anwachsenden Starkniederschlägen und extremen Trockenperioden, unverzichtbar. Verschattung und Durchlüftungsblokkaden durch Nadelbaummonokulturen sind zumindest kritisch, wenn nicht gar gefährlich.“

Waldbesitzer, Anwohner und Kommunen dürften mit ihren Sorgen nicht allein gelassen werden. Land und Bund würden diese Problematik jedoch nicht erst in

den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigen.

Durch gezielte Förderung müsse Waldumgestaltung und Landschaftspflege zukunftsweisend realisiert werden. Offenhaltung der Landschaft, so der Referent, sei eine öffentliche Aufgabe, weil sie allen zugutekomme. Bisher werde hierfür jedoch insgesamt viel zu wenig getan.

Hinsichtlich des Klimawandels und der damit verbundenen Gefahren sollten Eigenheimer vorausschauend und problembewusst handeln und ihre Kompetenz in den Kommunen konstruktiv einbringen.

Positiv wertete Ralf Bernd Herden die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 09. Mai 2016, wonach die 10H-Abstandsregelung für Windräder mit der bayerischen Verfassung konform sei. Die Regelung, welche zum Schutz vor Infraschall einen zehnfachen Mindestabstand (der Windradhöhe) zu bewohnten Gebäuden verlange, sei zukunftsweisend, unverzichtbar und auch mit dem Grundgesetz vereinbar.

Die Koalition in Rheinland-Pfalz habe es sich zur Aufgabe gemacht, diese Regelung ebenfalls umzusetzen. Es wäre wünschenswert, wenn alle Bundesländer, auch Baden-Württemberg, diese Regelung zum Schutz von Mensch und Natur übernehmen würden.

Ralf Bernd Herden